

VERFOLGT, VERTRIEBEN ... HEIMATLOS

Das Ende der deutschen Siedlung in Ost-Mittleuropa

Band IV/17

Chronik der Lebensbedingungen der Deutschen in Ost-Mittleuropa, Mittel- und Westdeutschland sowie Vereinbarungen und Pressemeldungen vom 22. Juni 1953 bis zum 17. März 1955

Aufgrund der Tatsache, daß das Leben der deutschen Bevölkerung in den Gebieten Ost-Mittleuropas örtlich, zeitlich und sachlich unterschiedlich verlief, wurde diese Chronik systematisch nach Regionen unterteilt.

Um den Ablauf der damaligen Ereignisse, Maßnahmen und Zustände realistisch darzustellen, wurde eine Vielzahl von Erlebnis- und Presseberichten zitiert. Die Erlebnisberichte mußten im allgemeinen geteilt werden, damit die Ereignisse in zeitlicher Folge angeordnet werden konnten.

Gliederung (im Überblick):

01. SBZ/Ostpreußen (sowjetisch verwaltete Gebiete im Nordteil Ostpreußens gemäß Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945)
02. Ostdeutschland (polnisch verwaltete Gebiete in Ostpreußen, Ostbrandenburg, Schlesien, Danzig und Ostpommern gemäß Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945)
03. Polen
04. CSR (einschließlich Sudetenland und Slowakei). Die Slowakei trennt sich im Jahre 1992 von der CSR. Die CSR nennt sich ab 1993 Tschechien
05. Jugoslawien
06. Rumänien
07. Ungarn
08. UdSSR (seit 1991 Bundesrepublik Rußland)
09. Österreich
10. SBZ (Sowjetische Besatzungszone in Mitteldeutschland – seit dem 7. Oktober 1949 Deutsche Demokratische Republik)
11. DDR (Deutsche Demokratische Republik). Die DDR tritt am 3. Oktober 1990 der Bundesrepublik Deutschland bei
12. Berlin (Sitz der Viermächteverwaltung bzw. des Alliierten Kontrollrats). Ost-Berlin wird am 13. August 1961 durch sowjetische Truppen abgeriegelt und von West-Berlin getrennt (Baubeginn der "Berliner Mauer")
13. WBZ (Besatzungszonen der Nordamerikaner, Briten und Franzosen in Westdeutschland – seit dem 23. Mai 1949 Bundesrepublik Deutschland)
14. BRD (Bundesrepublik Deutschland)
15. Westeuropa
16. Amerika
17. Asien

22.06.1953

Jugoslawien: Volksdeutsche in Werschetz, Banat – Erlebnisbericht der Wilhelmine K. (x006/607-608): >>... Mein armer (Sohn) Hans ist ganz ohne Schule geblieben ...

Ich habe ihn in Werschetz zu einem rumänischen Professor geschickt, um deutsch zu lernen. Er konnte jedoch nur kurze Zeit am Unterricht teilnehmen, weil ich die Stunden nicht bezahlen konnte ...

Am 22.06.53 habe ich mit meinen Kindern die Reise nach Deutschland angetreten. Es war viel zu spät für meine Kinder. Ich konnte Jugoslawien aber nicht früher verlassen. Es war nicht möglich, denn ich hatte große Schwierigkeiten mit den Ausreisepapieren und besaß auch kein Geld für die Ausreise.<<

25.06.1953

BRD: Der Bundestag beschließt ein neues Wahlgesetz. Künftig müssen die Parteien mindestens 5 % der abgegebenen Wählerstimmen oder einen Wahlkreis direkt gewinnen, um in den Bundestag einzuziehen.

30.06.1953

BRD: Dr. Otto Ulitz, Sprecher der oberschlesischen Landsmannschaft, sagt im Juni 1953 während seiner Rede vor der Delegiertenversammlung in Nürnberg (x155/40-41): >>... Wir werden ein Europa schaffen, wenn jedes einzelne Volk die fremde Volkspersönlichkeit genau so anerkennt und achtet, wie es die Achtung und Anerkennung für seine eigene Volkspersönlichkeit fordert. ...

Staaten sind Schöpfung von Menschen, die Völker Schöpfung Gottes. Wir müssen dieses europäische Denken hineinsenken in unsere Brüder und Schwestern, wir müssen diese Gedanken hineinragen in unsere Jugend. Die Aufgabe der Landsmannschaft erstreckt sich nicht in dem Kampf um materielle Güter, sondern vor allem in dem Gedanken der Sendung und der Rückkehr in die Heimat.

Wir sind eine unglückliche Generation. Unsere Söhne ruhen auf den Schlachtfeldern der Welt, unsere unmittelbaren Erben leben nicht mehr. Unser Gedankengut sollen wir übertragen auf unsere Jugend, die in vollständig neue Verhältnisse hineinwächst. Und das ist das Schwere an der Aufgabe; unsere Jugend mit dem Gedanken an die Heimat vertraut zu machen und zu erfüllen. Vielleicht ist es aber noch schwerer, sie mit dem Willen zu beseelen, in die Heimat zurückzukehren.

Es könnte der Tag kommen, an dem uns die Heimat wieder offen steht und der Ruf "Zurück in die Heimat!" findet keine Gefolgschaft mehr. ...

Mit Worten ist nicht viel getan. Auf sie müssen Taten folgen. Ein Beweis unserer Lebenstüchtigkeit ist die Tatsache, daß unsere Arbeiter selbst im übervölkerten Westen unseres Vaterlandes untergekommen sind, weil man Arbeitskräfte dieser Art liebend gern nimmt.

Wir sind keine Almosenempfänger, wenn wir auch mit leeren Händen dastehen. Wir bringen Werte mit. Wir bringen aus dem Osten die Kraft der innersten Überzeugung mit, den Glauben an die sittliche Kraft unseres Volkes, den Glauben an die Rückkehr in unsere Heimat.

... Wir Menschen des Ostens haben zu Staat und Volk eine Beziehung, die man am besten ausdrücken kann, wenn man sagt: Wir lieben unser Vaterland!

Wir glauben und hoffen, daß der Tag kommen wird, an dem wir auf den Grundlagen echten Christentums und sittlicher Werte als freie deutsche Menschen in unsere Heimat in einem friedlichen Europa der freien Völker werden leben können.<<

11.07.1953

DDR und Ost-Berlin: In der SBZ wird der Ausnahmezustand aufgehoben. Nach offiziellen Angaben des SED-Regimes werden beim Arbeiteraufstand 4 Volkspolizisten und 21 Zivilisten getötet. Die Zahl der Getöteten liegt aber wahrscheinlich zwischen 200 und 300. In der Folgezeit werden noch viele Teilnehmer des Aufstandes inhaftiert.

Die SED ordnet später einen gemäßigten Kurs an, der nicht mehr ausschließlich durch Druck, sondern vor allem durch Agitation und Überredung geprägt wird.

20.07.1953

BRD: Bundeskanzler Konrad Adenauer schreibt am 20. Juli 1953 (x095/156): >>... "Le Monde" ist schon seit einiger Zeit außerordentlich gehässig gegenüber Deutschland. Als ich in Paris war, sagte man mir, daß gewisse Gelder dahintersteckten. ... Ich habe immer, wenn ich von den Gebieten jenseits der Oder/Neiße sprach, aufgeführt, daß eine friedliche Verständigung zwischen einem freien Polen und Deutschland zur gegebenen Zeit herbeigeführt werden müsse. ...

Es ist eine völlig Unwahrheit, wenn die Zeitung behauptet, daß für uns die Europäische Verteidigungsgemeinschaft allein das Mittel sei, sicher und schnell diese Provinzen ... zurückzugewinnen. ...<<

04.08.1953

BRD: Der 17. Juni wird durch ein Bundesgesetz zum Nationalfeiertag ("Tag der deutschen Einheit") erklärt (x101/34): >>Am 17. Juni 1953 hat sich das deutsche Volk in der sowjetischen Besatzungszone in Ost-Berlin gegen die kommunistische Gewaltherrschaft erhoben und unter schweren Opfern seinen Willen zur Freiheit bekundet. Der 17. Juni ist daher zum Symbol der deutschen Einheit geworden.<<

07.08.1953

BRD: Die Bundesregierung erläßt ein Fremdrenten- und Ausländergesetz, um die Entschädigung nicht realisierbarer Versicherungsansprüche von Flüchtlingen aus dem Ausland (Ost-europa) zu regeln.

09.08.1953

CSR: Sammellager Kuntschitz – Erlebnisbericht des Bürgermeisters Franz H. (x005/547): >>Schon nach wenigen Tagen war ich mit den meisten Kameraden bekannt, desgleichen auch mit den Lagergepflogenheiten.

Ich erfuhr auch, daß viele Insassen bereits über ein Jahr auf die Aussiedlung warteten und durch das Lagerkommando immer wieder getröstet wurden. ... Im Lager herrschten Verhältnisse, die deutscher Männer unwürdig waren, welche so viele harte Jahre hinter sich hatten.

Es mag sein, daß die Lagerleitung nicht in den richtigen Händen lag. So wurde nach einigen Beratungen im August 1953 in streng demokratischen Wahlen eine neue Lagerführung bestellt, die sich aus den Kameraden Ing. Werner T., Ing. Leonhard K. und Dipl.-Kfm. Dr. D. und 3 Beisitzern zusammensetzte. Diese machten sich neben den laufenden Lagerdingen die rasche Aussiedlung aller 250 Lagerinsassen zur Aufgabe. Die 3 Genannten verfügten über alle Vorbedingungen, die zur Erreichung dieses Zieles nötig waren: einwandfreie Kenntnis der tschechischen Sprache, den nötigen Schneid und die richtige forsche Art gegenüber dem Lagerkommandanten und anderen tschechoslowakischen Behörden bis hinauf zu den Prager Zentralstellen.

Der Lagerkommandant wollte diese neue Lagerführung nicht anerkennen, weil sie ihm hart zusetzte, mußte es aber nach langen Verhandlungen doch tun, weil die 250 Männer und Frauen, geschlossen wie ein Mann, hinter T. und seinen Mitarbeitern standen. Die 3 Kameraden fanden über den Lagerkommandanten hinweg den Weg zum Kreiskommando der sozialen Sicherheitstruppen und erfuhren dort, daß von unserem Vorhandensein ... gar nichts bekannt war. ...<<

23.08.1953

DDR: Die Sowjets verzichteten am 23. August 1953 auf weitere Reparationen und erklären sich bereit, die restlichen SAG-Betriebe ab Januar 1954 zurückzugeben (x009/514).

01.09.1953

DDR: Zur Fachausbildung und politischen Schulung von Mitgliedern und Führungskräften der LPG wird am 1. September 1953 die LPG-Hochschule in Meißen gegründet.

06.09.1953

BRD: Bei der 2. Bundestagswahl erhalten die Parteien folgende Wählerstimmen: CDU/CSU = 45,2 %, SPD = 28,8 %, FDP = 9,5 %, BHE = 5,9 %, DP = 3,3 %, KPD = 2,2 %.

14.09.1953

DDR: Der Ministerrat beschließt, die Erzeugung von Verbrauchsgütern zu erhöhen.

30.09.1953

CSR: Sammellager Kuntschitz – Erlebnisbericht des Bürgermeisters Franz H. (x005/547):
>>Ende September 1953 erschien ein Leutnant vom Kreiskommando und ließ sich in einer Versammlung aller Lagerinsassen ein Stimmungsbild geben.

Er versprach uns daraufhin, noch in der Nacht nach Prag zu fliegen, um dort alle Wege für einen baldigen Abschub zu regeln und uns am nächsten Tag Bescheid zu geben. Dieser Leutnant erschien tatsächlich noch am späten Abend wieder im Lager bei der auf Antwort harrenden Versammlung und teilte mit, daß bei den zuständigen Stellen in Prag über das Aussiedlungslager Kuntschitz nichts bekannt sei, daß er nun alle Stellen informiert habe und wir innerhalb von 4 Wochen Bescheid erhalten würden.<<

BRD: Die Bundesregierung beschließt im September 1953 ein Gesetz, daß die Individualhilfe für die Opfer der NS-Verfolgung zum Rechtsanspruch erhebt. Hierzu zählen z.B. auch die Starthilfen für den Staat Israel (Ansiedlungshilfe in Höhe von 3,45 Milliarden DM) und Rentenzahlungen an rd. 500.000 Überlebende der NS-Judenausrottung (x128/224).

01.10.1953

Österreich: Nach Angaben des österreichischen Innenministeriums sind in der Zeit vom 1.01. bis zum 1.10.1953 insgesamt 2.117 nicht eingebürgerte Jugoslawien-Deutsche in folgende Länder ausgewandert (x006/128E): USA (72), Kanada (999), Brasilien (60), Bundesrepublik Deutschland (898), Australien (68) und sonstige Länder (20).

05.10.1953

BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet am 5. Oktober 1953 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/130): >>5. Oktober 1953. ... Hunderte von Anfragen gehen in Friedland ein, alle von Angehörigen, die im Rundfunk einen Heimkehrernamen gehört haben wollen, der dem Namen ihres Vermißten oder noch Erwarteten ähnlich klang oder klingen sollte.

Fast alle Briefe müssen negativ beantwortet werden.

Freiwillige Helfer aus Göttingen und der Umgebung sind dabei, die Berge von Post durchzusehen, die Transportlisten zu vergleichen, Angaben nachzuprüfen, jeden Hinweis zu verfolgen, und unter allen Umständen, wenn auch nur der geringste Anhaltspunkt vorhanden ist, nachzuforschen, ob nicht doch eine Freudenbotschaft abgesandt werden kann. ...

Und wieder stehen die Frauen und Männer, die Mädchen und Jungen, mit ihren Schildern in Friedland: "Wer kann Auskunft geben über ... ?" –

"Gesucht wird ..."

Schilder, Schilder. Und auf jedem steht ein Schicksal verzeichnet.<<

Dr. Kurt Wagner (1911-2006, von 1946-1976 Leiter des DRK-Suchdienstes) berichtet damals über die "Vergessenen Millionen?": >>Nach dem Ersten Weltkrieg zählte man 210.000 Wehrmachtvermißte. Die Weimarer Republik schuf eine eigene Behörde, das Zentralnachweisamt für Kriegsverluste, mit dem Auftrag, das Schicksal der Vermißten aufzuklären. Es ehrt Reichstag und Reichsregierungen, daß sie dieses Amt gut ausgestattet 20 Jahre lang planmäßig arbeiten ließen.

In welch ungeheuerlichen Ausmaß sich die Schwierigkeiten auch für ein Nachforschungswerk nach diesem Krieg gesteigert haben, sieht man daraus, daß man für 1945 nicht einmal die Zahl

angeben kann, die den 210.000 Vermißten von 1918 entspricht.

Wir wissen nur, daß unsere Zentralkarteien schon in den ersten Suchdienstjahren 14 Millionen Suchanträge erhielten. Wenn wir auch 5,8 Millionen davon beantworten konnten, so ist doch immer noch das Schicksal von mehr deutschen Menschen im Dunkel, als manches deutsche Land Einwohner hat.

Seit mehr als zwei Jahren hat sich der Suchdienst auf die einzelnen Vermißtengruppen spezialisiert. Für die 1,5 Millionen Wehrmachtsvermißten, deren Schicksal noch aufgeklärt werden muß, hat München geeignete Methoden entwickelt. Die ... Heimkehrerbefragung mit Vermißtenlisten, die nach den früheren Einheiten geordnet sind, hat ihre Fruchtbarkeit bewiesen, die Befragung mit Vermißtenlisten, die nach Kriegsgefangenenlagern geordnet sind, wird gegen Ende dieses Jahres beginnen und daran werden sich weitere Arbeitsgänge anschließen.

Für die Aufklärung der Schicksale der vermißten Zivilpersonen gibt es keine durchgängig anzuwendende Methode. Wohl kann man in vielen Fällen über die Befragung von Nachbarn der Verschollenen Aufklärung erhalten, aber nur über die Zeiten, in denen der heimatliche Zusammenhang noch nicht zerstört war. In den Katastrophen, die über die ostdeutsche Bevölkerung hereinbrachen, ist aber der nachbarschaftliche Zusammenhang fast vollständig zerstört worden.

Rein statistisch fehlen noch etwa 1,5 Millionen Reichsdeutsche und etwa 1,4 Millionen volksdeutsche Zivilpersonen. In den Nachforschungen muß festgestellt werden, welche davon durch die Kriegs- und Nachkriegsereignisse in der Heimat oder auf der Flucht verstorben sind, nach Osteuropa verschleppt worden sind, in ihrer früheren Heimat, also ostwärts der Oder/Neiße oder in den volksdeutschen Siedlungsgebieten zurückgeblieben sind, im Ausland in Gefängnissen oder Lagern festgehalten werden.

Wir müssen dafür sorgen, daß wenigstens das Schicksal derjenigen möglichst bald aufgeklärt wird, von denen angenommen werden kann, daß sie noch am Leben sind und der Hilfe der Heimat harren. Das gilt für die Verschleppten, für die im Ausland Zurückgehaltenen und ganz besonders für die Kinder, die von ihren Eltern oder Angehörigen getrennt noch irgendwo draußen leben.

Das Deutsche Rote Kreuz begrüßt deshalb die Hilfe der kirchlichen Heimatortskarteien, die Unterstützung der Landsmannschaften und das Interesse, das das Bundesministerium für Vertriebene dieser Arbeit entgegenbringt.

In seinen eigenen Nachforschungen nimmt sich das Deutsche Rote Kreuz insbesondere der Kinder, der in die Sowjetunion verbrachten deutschen Zivilpersonen, der im Ausland außerhalb der Sowjetunion in Lagern und Gefängnissen festgehaltenen Zivilpersonen und der in den Gebieten ostwärts der Oder/Neiße und in den volksdeutschen Siedlungsgebieten zurückgebliebenen deutschen Zivilpersonen an. Zu den Hauptmitteln der Nachforschung gehört auch auf diesem Bereich die Befragung der Heimkehrer und Aussiedler.

Der Suchdienst Hamburg, der vom Deutsche Roten Kreuz mit der Zivilgefangenen- und Zivilvermißten-Nachforschung beauftragt ist, gliedert sich in drei Abteilungen, den Kindersuchdienst, die Abteilung für verschleppte Zivilpersonen und die Abteilung für im Ausland inhaftierte Zivilpersonen. ...

Vom DRK-Suchdienst waren insgesamt 90.000 Kinder als anhanglos aufgefunden erfaßt worden; von Eltern waren rund 195.000 Suchanträge nach Kindern eingegangen. Im März 1952 waren durch Kartei und Nachforschung genau 70.000 Kinder wieder mit ihren Eltern oder Angehörigen in Verbindung gebracht. Eine Anzahl Anträge hat sich auf andere Weise erledigt. Aber immer noch werden für 18.000 Kinder die Eltern gesucht, und immer noch wird nach 33.000 verschollenen Kindern geforscht. Seit längerer Zeit gleichbleibend werden monatlich 700 Kinder mit ihren Familien vereinigt, aber es gehen noch jeden Monat im Durchschnitt 80 neue Anträge ein.

Einige Zahlen über die Zivilgefangenen: Die Nachforschungen haben ein deutliches Bild über das lange ins Dunkel gehüllte Phänomen der Deportation ergeben. Man kennt jetzt die Sammellager und die Transporte, die 1945 aus Ostdeutschland und aus dem Donaauraum nach Osten rollten, und kennt die Lager, in denen die Deutschen als "Displaced Persons" festgehalten werden. Noch mindestens 190.000 sind an Wiederaufbauarbeiten in der Sowjetunion tätig. Unsere Hoffnung besteht darin, daß die Tatsache ihrer Entdeckung zur Erleichterung ihres Loses beitragen möge, daß ihnen z.B. Erleichterung im Schriftverkehr mit der Heimat gewährt werde und daß die Arbeitsverträge bald ablaufen, damit sie wieder zu ihren Familien nach Deutschland zurückkehren können. -

Über die deutschen Zivilpersonen, die noch in ausländischen Gefängnissen sitzen, haben Landsmannschaften, Heimatortskarteien, Rechtsschutzstellen und kirchliche Hilfswerke ihre Unterlagen dem Suchdienst Hamburg zu treuen Händen übergeben. Durch Heimkehrerbefragung wurden sie auf den neuesten Stand gebracht. Es sind von den insgesamt 35.000 deutschen Zivilpersonen, die sich in ausländischen Haftanstalten befanden, schon fast die Hälfte mit Namen bekannt. Die Arbeit wird nicht eher ruhen, bis auch der letzte, der noch in einem Gefängnis oder Straflager wartet, entdeckt ist. ...<<

08.10.1953

BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/133): >>8. Oktober 1953. Und die Glocke in Friedland läutet zu jedem Transport, der da Menschen aus der russischen Steppe oder den unendlichen Wäldern des Ostens bringt, deutsche Menschen, aber auch Angehörige anderer Nationen. Darunter einen der jüngsten Heimkehrer, jetzt 21 Jahre, mit 13 Jahren in Ostpreußen gefangengenommen und in das Innere Rußlands verschlagen. Zusammen mit einem der ältesten Gefangenen, einem 83jährigen General. Die Glocke läutet für sie alle ... Hoffentlich läutet sie bald für den Letzten, der da zurückkommen soll.<<

20.10.1953

BRD: Bundeskanzlers Konrad Adenauer bildet nach seiner Wiederwahl eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU, FDP und BHE.

28.10.1953

CSR: Sammellager Kuntschitz – Erlebnisbericht des Bürgermeisters Franz H. (x005/547): >>Am 28.10. kam ein anderer Leutnant des Kreiskommandos mit der für uns freudigen Nachricht, daß bei den maßgebenden Ämtern in Prag alles für die rasche Aussiedlung ... in unserem Sinne erledigt sei und daß er mit seiner Person dafür einstehe, daß wir längstens zu Weihnachten 1953 über die Grenze gehen könnten.

Mit Jubel nahmen wir diese Mitteilung auf und schrieben sofort unseren Angehörigen in Deutschland und Österreich.<<

Rumänien: Die "Nachrichten aus der Rumänischen Volksrepublik" begrüßen das Dekret Nr. 444/1953 vom 28.10.1953 "über die Übergabe von Reserveländereien an die Kolchosen zur ewigen Nutzung ..." und vermerken dazu (x007/109E): >>Die Zahl der deutschen Kollektivbauern nimmt ständig zu.

Immer mehr deutsche Kleinbauern und landlose Bauern befreien sich von den alten Anschauungen ... und sehen ein, daß der einzige Weg, der zu Glück und Wohlstand führt, der Weg der Kollektivwirtschaften ist. Die Partei und Regierung kommen diesen werktätigen Bauern hilfsbereit entgegen und ermöglichen ihnen in vielen Fällen, den Kollektivwirtschaften ohne Grundbesitz beizutreten.<<

29.10.1953

DDR: Nach der "Verordnung über die Ausgabe von Personalausweisen der DDR" vom 29. Oktober 1953 müssen Personen, die die "DDR" vorübergehend verlassen, ihren Ausweis bei

der Volkspolizei abgeben. Für die Nichtabgabe kann gemäß § 10 der Verordnung eine Gefängnisstrafe bis zu 3 Jahren und Geldstrafe verhängt werden.

17.11.1953

Jugoslawien: Das Oberste Gericht der Autonomen Provinz Wojwodina hebt am 17. November 1953 die Entscheidung des Bezirksgerichts Sombor vom 28. Juli 1951 wegen unrichtiger Auslegung des Enteignungsgesetzes mit folgender Begründung auf (x006/630-631): >>Nach den Vorschriften des Art. 1 Punkt 2 des Beschlusses vom 21. November 1944 über den Übergang von Feindvermögen in das Eigentum des Staates usw. und Art. 1 Punkt 2 seiner abgeänderten Fassung im Gesetz vom 31. Juli 1946 über den Übergang von Feindvermögen in das Eigentum des Staates und über die Sequestration des Vermögens abwesender Personen ist das Vermögen von Personen deutscher Volkszugehörigkeit, ohne Rücksicht auf deren Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsort, in das Eigentum der FNRJ schon am 6. Februar 1945 übergegangen, als der Beschluß in Kraft getreten war; die Durchführung der Konfiskation des Vermögens von Personen deutscher Volkszugehörigkeit beruht auf diesem Gesetz, das noch in Kraft ist, "so daß das in Frage stehende Vermögen im Sinne des Gesetzes schon mit dem 6. Februar 1945 als konfisziert zu betrachten ist, während die Durchführung dieser Konfiskation erst heute vollzogen wird".

Auf Grund dieser Entscheidung des Obersten Gerichts der APV ging im Jahre 1954 erneut eine neue Konfisizierungswelle durch die Wojwodina. Dabei kam es auch zu erneuter Überprüfung der Fälle, wo die Befreiung von der Enteignung bzw. die Rückerstattung des Vermögens von Personen deutscher Volkszugehörigkeit mit den Ausnahmebestimmungen nach Art. 1 Punkt 2 a-e begründet wurde.<<

21.11.1953

DDR: Die SED-Regierung stimmt der Abschaffung von Interzonenausweisen zu, stellt aber für jeden Reisenden Interimsausweise (Personalbescheinigungen) aus.

05.12.1953

CSR: Sammellager Kuntschitz – Erlebnisbericht des Bürgermeisters Franz H. (x005/547-548): >>Da sich Anfang Dezember ... noch nichts gerührt hatte, fuhren unsere 3 Männer auf eigenes Risiko nach Prag, wo sie erfuhren, daß die Minister der zuständigen Ministerien wohl ihre Unterschriften für unsere Aussiedlung geleistet hatten, daß aber das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei, als letzte Instanz, noch Schwierigkeiten bereite.

Dies bewies, wie sehr in den sowjetischen Satellitenstaaten nicht der Verwaltungsapparat, sondern die Partei das maßgebende Wort zu sprechen hatte. Trotzdem verstanden es unsere Unterhändler auch hier durch geschicktes Vorgehen, die Schwierigkeiten zu beseitigen.<<

14.12.1953

CSR: Sammellager Kuntschitz – Erlebnisbericht des Bürgermeisters Franz H. (x005/548): >>Noch vor Mitte Dezember erschien eine Abordnung des Tschechoslowakischen Roten Kreuzes im Lager, besuchte jede Stube und sagte uns, daß die Aussiedlung am 15.1.1954 beginne und in kleinen Transporten von 20 Personen vor sich gehen werde.

Natürlich waren wir über diese neuerliche Verzögerung entrüstet, ließen uns aber durch die vernünftigen Worte des alten Herrn des Tschechoslowakischen Roten Kreuzes beruhigen. Er sagte, daß wir doch schon so lange Jahre unter schwierigeren Verhältnissen ausgehalten hätten und nun die wenigen Wochen auch noch in Ruhe durchstehen mögen und daß bestimmt alle zum Abschub kommen. Wir hatten ja gelernt, Geduld zu haben, und so vertrauten wir den Worten dieses offiziellen Vertreters des Tschechoslowakischen Roten Kreuzes, das ja mit dem Deutschen Roten Kreuz Hand in Hand arbeitete.<<

15.12.1953

BRD: Der Zentralverband der vertriebenen Deutschen kritisiert die französische Außenpolitik (x155/43): >>Französische Parlamentarier, die in der letzten Woche ... eine mehrtägige Reise durch Polen und die von Polen besetzten deutschen Ostgebiete machten, haben erklärt:

"Die Oder-Neiße-Linie stelle eine natürliche Grenze des Landes dar. Sie sei eine echte Demarkationslinie des Friedens. Alle Bemühungen um eine Entspannung der Beziehungen zwischen Ost und West seien zum Scheitern verurteilt, solange sich der Westen nicht entschließen könne, die Unantastbarkeit der Oder-Neiße-Linie anzuerkennen. Falls die Deutschen die Oder überschreiten würden, bedeute dies den Krieg."

Die Vertriebenen haben im Sinne ihrer Charta immer wieder betont, daß sie einen Krieg zur Wiedereroberung ihrer Heimat nicht wollen. ...

Jede Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als sog. Friedensgrenze ist ... gleichbedeutend mit der Anerkennung von Unrecht und Gewalt. Niemals werden die Vertriebenen einer Festlegung der ostdeutschen Grenze zustimmen, die ohne Rücksicht auf den völkerrechtlich gültigen Gebietsstand einer Regelung im künftigen Friedensvertrag vorgreift. ...

Auch für die Lösung des deutsch-polnischen Problems gilt das Wort Abraham Lincolns: **"Nichts ist geregelt, solange es nicht geregelt ist."**<<

30.12.1953

BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/133): >>30. Dezember 1953. In Wattejacken, Lammfellmützen auf den Köpfen, holzbesohlte Stiefel an den Füßen, aber strahlende, überg Glückliche Augen brachten die Omnibusse von der Zonengrenze in Herleshausen 60 Frauen aus Rußland mit. Frauen, die z.T. fast 10 Jahre in Gefangenschaft waren.

Sie ... freuten sich unendlich, Kleider, Blusen und Röcke, richtige Frauenschuhe zu erhalten, stolzierten zunächst noch etwas unsicher und ungewohnt darin umher, verwandelten sich aber bald wieder in "Menschen wie du und ich".

Das neue Jahr soll auch für sie ein neues Leben bringen. Wie sagte eine von ihnen? "Ich werfe hier alles, was ich mitgebracht habe, fort. Auch die Erinnerung ... und tue so, als ob nichts gewesen wäre." Ob sie es tatsächlich fertigbringen wird? 8 furchtbare, entsetzliche Jahre einfach abzustreifen, beiseitezulegen, aus dem Gedächtnis zu streichen?<<

31.12.1953

UdSSR: Ein Heimkehrer schreibt über die Zustände in den letzten sowjetischen Kriegsgefangenenlagern (x130/359): >>Man muß diese Armee des Elends gesehen haben. Körperlich ruiniert durch Jahre und Jahrzehnte unter barbarischen Bedingungen in Haft, schlecht gekleidet, zahnlos, in überfüllten Baracken zusammengepfercht, tuberkulös, herzkrank, jede Woche werden einige von ihnen in der Tundra verscharrt.<<

DDR: Im Jahre 1953 fliehen 331.390 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

Die Sowjets geben Ende Dezember 1953 die sog. SAG-Betriebe (Sowjetische Aktiengesellschaften) an das SED-Regime zurück.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die SAG-Betriebe in der SBZ (x009/397): >>Die Nettogewinne der SAG-Betriebe (außer Uranbergbau) in den Jahren 1946-1953 werden auf etwa 3,5 Milliarden Mark geschätzt. Die "Rückgabe" in deutsche Verwaltung am 31.12.1953 war praktisch ein Rückkauf durch die Sowjetzonenregierung; der Kaufpreis hat mindestens 3,5 Milliarden Mark betragen. –

Über alle diese Entnahmen der Sowjetunion aus den SAG-Betrieben liegen weder von sowjetischer noch von sowjetzonaler Seite irgendwelche Abrechnungen vor. Die Beschlagnahme und Nutzung der deutschen Betriebe durch die Sowjets ist eines der trübsten Kapitel der sowjetischen Besatzungspolitik.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Reparationen der SBZ von 1945 bis 1953 (x009/366-368): >>Obwohl der Umfang der von Deutschland zu leistenden Reparationen praktisch erst mit dem Industriebeschränkungsplan vom März 1946 von den 4 Alliierten festgelegt wurde, führte die Sowjetunion bereits vor diesem Zeitpunkt in der SBZ umfangreiche Demontagen durch, von denen nicht bekannt ist, ob die Gegenwerte dem Reparationskonto gutgeschrieben wurden.

Eine Abrechnung über die Entnahmen wird kaum jemals erfolgen, da die Sowjets im Widerspruch zum Potsdamer Abkommen ohne Zustimmung der Westalliierten ungeheure Entnahmen aus der laufenden Produktion forderten.

Nach Unterlagen aus dem sowjetzonalen Amt für Reparationen und nach Schätzungen westlicher Experten wurden von den Sowjets seit 1945 bis 1953, d.h. bis zur offiziellen Beendigung sowjetzonaler Reparationsleistungen an die Sowjetunion, Werte in folgender Form und Höhe entnommen:

a) **Beuteaktionen:** Die Besetzung Ost- und Mitteldeutschlands durch die Rote Armee war mit einem rücksichtslosen Beutezug verbunden. Ohne Registrierung wurden riesige Sachwerte aus öffentlichem und Privatbesitz beschlagnahmt und ostwärts verfrachtet. Ferner erbeuteten die Sowjets Milliardenbeträge an Reichsbanknoten, mit denen sie später deutsche Lieferungen und sonstige Leistungen "bezahlten". Der Wert der bei den Beuteaktionen entnommenen Gegenstände wird auf etwa 2 Milliarden Mark geschätzt; die Menge der erbeuteten Banknoten muß mit 6 Milliarden Mark angenommen werden.

b) **Demontagen:** Die Sowjets hielten sich nicht daran, kriegswichtige Industrien zu entfernen, sondern demontierten und beschlagnahmten auch für die Friedenswirtschaft unentbehrliche industrielle Kapazitäten.

Folgende Abschnitte der Demontagen sind erkennbar:

1. Welle vom Mai bis Anfang Juli 1945. Bis zum Beginn der Besetzung Berlins durch alle 4 Alliierten räumten die Sowjets hier alle nur irgendwie demontierbaren Fabriken, vor allem in West-Berlin, aus. Etwa 460 Berliner Betriebe wurden von den Sowjets voll demontiert und abtransportiert, davon 149 Betriebe des Maschinen- und Apparatebaues, 51 Metallgießbetriebe, 46 Betriebe der Feinmechanik und Optik und 44 Betriebe der Elektroindustrie. Etwa 75 % der bei der Kapitulation noch vorhandenen Kapazitäten wurden betroffen.

2. Welle vom Anfang Juli bis Herbst 1945. Hiervon wurden industrielle Großbetriebe der ganzen Zone ebenso wie mittlere und kleinere Werke betroffen. Zu dieser Zeit begann auch der Abbau der zweiten Gleise auf sämtlichen Eisenbahnstrecken der Zone. Wieder wurden Produktionsstätten von Friedensindustrien abgebaut; Braunkohlenindustrie, Ziegeleien, Textil- und Papierfabriken usw.

3. Welle vom Frühjahr bis Spätsommer 1946. Nach einer vorbereiteten Liste wurden mehr als 200 große Industriebetriebe der chemischen Industrie, der Papierindustrie, Schuhfabriken, Textilwerke usw. demontiert.

4. Welle Oktober 1946 bis Frühjahr 1947. Obwohl Marschall Sokolowski bereits am 21.5.1946 die Demontagen für abgeschlossen erklärt hatte, setzte einige Monate später eine vierte Welle ein, von der z.B. die Zeiss-Werke Jena, Kraftwerke, Druckereien und einige Rüstungsbetriebe, die bis dahin für die Sowjets weitergearbeitet hatten, betroffen wurden.

5. Welle Herbst 1947. Nach einem weiteren halben Jahr wurden nochmals wichtige Betriebe der Friedensindustrie abgebaut: Braunkohlenwerke, Brikettfabriken, Kraftwerke und weitere 1.100 km Eisenbahngleise.

6. Welle Frühjahr 1948. Bei dieser letzten Welle wurden 3 Betriebe, die vorher zu SAG-Betrieben erklärt worden waren, voll oder zum Teil demontiert, darunter Anlagen des Buna-Werkes in Schkopau.

Von den Demontagen wurden oft auch solche Betriebe betroffen, die inzwischen durch die deutschen Arbeiter wieder in Gang gebracht worden waren. Der "Bremer Ausschuß für Wirtschaftsforschung" gibt ... u.a. folgende Demontageverluste der SBZ im Vergleich zum Jahre 1936 an: Walzwerke 82 %, eisenschaffende Industrie 80 %, Hohlziegelerzeugung 75 %, Zementindustrie 45 %, Papiererzeugung 45 %, Energieerzeugung 35 %, Schuhindustrie 30 %, Textilindustrie 25 %, Zuckererzeugung 25 %, Braunkohlenbergbau 20 %, Brikettfabriken 19 %.

... Der Gesamtwert der Demontagen wird auf 5 Milliarden Mark geschätzt.

c) **Ausgabe von Besatzungsgeld:** Die Summe des verausgabten sowjetischen Besatzungsgeldes wird auf 9 Milliarden Mark geschätzt. Nur ein Teil wurde für den eigentlichen Besatzungshaushalt verwendet. Der weitaus größte Teil des Geldes wurde für den Kauf solcher Güter verwendet, die die Sowjets außer den offiziellen Reparationen zu erhalten wünschten. Mit diesem Gelde wurden die zahlreichen in der SBZ tätigen sowjetischen Handelsgesellschaften und anfangs auch der Milliardenbeträge verschlingende Uranbergbau für die Sowjets finanziert. Von 1947 bis 1953 sind allein für den Uranbergbau 7,75 Milliarden Mark aufgewendet worden.

d) **Beschlagnahme von Betrieben als SAG-Betriebe:** 213 Betriebe der SBZ wurden 1946 von der Sowjetunion beschlagnahmt und als SAG-Betriebe fortgeführt. ... Als Mindestwert wird von Fachleuten die Summe von 2,5 Milliarden Mark geschätzt. Sie dürfte höher liegen und möglicherweise das Zwei- bis Dreifache davon ausmachen. Der Preis, den die SBZ-Regierung 1953 für den Rückkauf zu zahlen hatte, betrug mindestens 2,5 Milliarden Mark.

Vor der Übergabe in sowjetisches Eigentum mußten die Betriebe mit Finanzmitteln aus öffentlichen Haushalten ausgestattet werden. Vor dem Rückverkauf an die Sowjetzone wurden die Betriebe zum Teil von ihren Vorräten und Ausrüstungsteilen entblößt. Beide Formen der Entnahmen werden von Experten auf etwa 1 Milliarde Mark geschätzt.

e) **Lieferungen aus der laufenden Produktion:** Seit Wiedereingangssetzung der Betriebe mußte die SBZ an die Sowjets erhebliche Teile der laufenden Produktion abliefern, und zwar in Form direkter Reparationslieferungen nach der Sowjetunion, Zulieferungen deutscher Betriebe an SAG-Betriebe, Lieferungen an die Sowjet-Armee, Lieferungen an sowjetische Handelsgesellschaften in der SBZ und Exporte für sowjetischen Nutzen. Nur die direkten Reparationslieferungen nach der Sowjetunion wurden als Reparationen anerkannt.

Alle anderen hier erwähnten Lieferungsformen sind jedoch ebenfalls als Reparationen anzusehen. Da die Sowjets dafür nur die unzureichenden "Stopp-Preise" des Jahres 1944 bezahlten, mußten den deutschen Lieferwerken umfangreiche Subventionen aus Steuermitteln geleistet werden. Nach Unterlagen aus dem Amt für Reparationen haben die Sowjets von 1945-1953 Waren im Werte von 34,7 Milliarden Mark zu Stopp-Preisen aus der laufenden Produktion entnommen.

f) **Subventionen:** Die an deutsche Betriebe und SAG-Betriebe 1946 bis 1953 gezahlten Preissubventionen für direkte und indirekte Reparationslieferungen und für Reparationsnebenkosten, d.h. die Kosten für Verpackung, den Versand frei Verwendungsort in der Sowjetunion und für Versicherungen werden mit 6,15 Milliarden Mark geschätzt.

g) **SAG-Entnahmen:** Aus den SAG-Betrieben entnahmen die Sowjets an Gewinnen und fingierten Gebühren bis 1953 etwa 3,55 Milliarden Mark.

Eine Gesamtrechnung der Reparationen seit Kriegsende bis 1953 ergibt nach kritischer Auswertung aller verfügbaren Unterlagen die nachstehenden Reparationsleistungen.

Reparationsleistungen der SBZ von 1945 bis 1953:	Mark (Mrd.)
Verluste an Sach- und Kunstwerken durch Beuteaktionen	2,00
Verluste durch Demontagen	5,00
Leistungen, die mit erbeuteten deutschen Banknoten bezahlt wurden	6,00
Leistungen, die mit Besatzungsgeld bezahlt wurden	9,00
Warenlieferungen aus der laufenden Produktion, soweit sie über Reparationskonten verrechnet wurden	34,70
Nebenkosten der Reparationslieferungen	2,85
Stopp-Preissubventionen an deutsche Betriebe und SAG-Betriebe für Reparationslieferungen	3,30
Ausstattung der SAG-Betriebe mit Umlaufmitteln (vor 1950) und Kapitalentzug 1952/53	1,00
Gewinne aus SAG-Betrieben	3,55
Rückkauf der SAG-Betriebe	2,55
Insgesamt	69,95

In dieser Zusammenstellung sind 16 Milliarden Mark Besatzungskosten für die Zeit bis Ende 1953 enthalten. Nicht enthalten, sind sonstige Reparationsleistungen, z.B. der Nutzen der Sowjetunion aus der Arbeitsleistung der nach der Sowjetunion verbrachten deutschen Spezialisten und der Kriegsgefangenen in der Sowjetunion, der Nutzen aus dem Uranbergbau, aus der Tätigkeit der sowjetischen Handelsgesellschaften in der SBZ und aus der Auswertung deutscher Patente.

Legt man den von den Sowjets bis 1953 im allgemeinen selbst angewandten Kurs von 2,50 DM je Dollar zugrunde, so ergibt das bei einer Gesamtsumme von rd. 70 Milliarden Mark eine Reparationsleistung in Höhe von 28 Milliarden Dollar, also 18 Milliarden Dollar mehr, als die Sowjetunion von Gesamtdeutschland an Reparationen gefordert hatte. Behauptungen, wonach die Sowjetunion auf hohe Reparationsleistungen verzichtete, sind unwahr.<<

BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/-133-134): >>Diese kalte Silvesternacht am Ende des alten Jahres unter der Friedensglocke in Friedland werde ich nie vergessen. Während ringsum im weiten Land der Abschied des Jahres 1953 in den Gaststätten und Häusern gefeiert wurde, standen genau zur gleichen Stunde in Friedland Männer mit Tränen in den Augen, heimgekehrt aus langer Gefangenschaft, und sangen aus übervollem Herzen: "Nun danket alle Gott".

... Zu ihrer Begrüßung sprach in einer eindrucksvollen, nächtlichen Feierstunde, nebst Vertretern der Regierung, Landesbischof Dr. D. Lilje von der Hannoverschen Landeskirche für die geistlichen Würdenträger beider Konfessionen. ...<<

Im Jahre 1953 werden noch immer 200.000 deutsche Flüchtlinge und Vertriebene in Lagern untergebracht. Weitere 750.000 leben in Notwohnungen. Die restlichen 7 Millionen Vertriebenen besitzen "Normalwohnungen", 2/3 von ihnen sind Untermieter (x038/481-482).

1954

>>Wenn es nicht geht, geh' selbst und gib dir mehr Mühe! - Man muß sich selbst an die Hand nehmen.<< (Jüdisches Sprichwort)

01.01.1954

DDR: In einigen Zweigen der "volkseigenen" Wirtschaft wird ab 1. Januar 1954 zunächst versuchsweise die Produktions- und Dienstleistungsabgabe nach dem Vorbild der sowjetischen "differenzierten Umsatzsteuer" eingeführt. Sie tritt an die Stelle der Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Umsatzsteuer, Beförderungssteuer und der Verbrauchsabgaben.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Steuern in der SBZ (x009/427): >>... Der Klassenkampfcharakter des sowjetzonalen Steuerrechts tritt am deutlichsten bei der Einkommenbesteuerung in Erscheinung. Lohnempfänger und Angehörige

der freischaffenden Intelligenz (mit Ausnahme der Rechtsanwälte, Steuerberater und dergleichen) werden steuerlich begünstigt.

Für die übrigen einkommensteuerpflichtigen Personen (also insbesondere für die Inhaber landwirtschaftlicher und gewerblicher Betriebe) gilt ein "Kapitalistentarif", dessen Progression in hohen Tarifstufen mehr als 90 % beträgt. ... Viele Betriebsausgaben sind steuerlich entweder überhaupt nicht mehr oder nur noch teilweise abzugsfähig. ...<<

Die sowjetische Wismut-AG (Uranbergbau in der SBZ) wird in eine deutsch-sowjetische Aktiengesellschaft umgewandelt.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den Uranbergbau in der SBZ (x009/449): >>Der Uranbergbau in der SBZ wird von der sowjetischen Wismut-AG, seit 1.1.1954 angeblich zu einer deutsch-sowjetischen Aktiengesellschaft umgewandelt, betrieben.

Die Sowjets schufen damit ein völkerrechtliches Novum, da erstmalig die Siegermacht eines Krieges ohne Fühlungnahme mit früheren Verbündeten nach eigenem Ermessen in dem von ihr besetzten Gebiet die Bodenschätze als Reparationsleistung ausbeutet. ... Die Hauptverwaltung Wismut-AG in Siegmarschönau bei Chemnitz (Sachsen) untersteht direkt sowjetischen Stellen in Moskau. Auch die Umfirmierung der Wismut-AG in eine sog. "deutsch-sowjetische Gesellschaft" 1954 hat nichts daran geändert, daß es sich um ein rein sowjetisches Unternehmen handelt.

... Die Wismut-AG hat seit 1946 systematisch allen Boden der SBZ, der irgendein Uranvorkommen vermuten ließ, durch sog. "Geologenbrigaden" nach Uranvorkommen untersucht. Nach vergeblichen Schürfungen im Harz und im Zittauer Gebirge, die 1951/52 wieder eingestellt wurden, konzentriert sich der Uranbergbau gegenwärtig auf folgende Gebiete:

1. Erzgebirge und Vogtland mit Hauptzentren um Johanngeorgenstadt, Falkenstein und Schneeberg;

2. Thüringen mit Hauptzentrum Ronneburg.

Nach zuverlässigen Schätzungen betrug der Beschäftigungsgrad bei der Wismut-AG im Herbst 1951 etwa 225.000. Diese Zahl entsprach rund 10 % aller Beschäftigten in Industrie und Bergbau der SBZ. Gegenwärtig dürften noch immer etwa 140.000 Arbeitnehmer tätig sein. Die Ausbeutungsergebnisse des Uranbergbaus werden streng geheimgehalten. - SED und FDGB unterstützen die Anwerbung deutscher Arbeitskräfte für den sowjetischen Uranbergbau. Trotz der Lohnkürzung seit Mitte Mai 1950 werden im Uranbergbau noch relativ hohe Löhne gezahlt. Sie stehen jedoch in keinem Verhältnis zu den geforderten Leistungen.

Art und Höhe der Finanzierung liegen völlig im dunkeln, da weder aus dem Staatshaushalt noch aus Unterlagen der Planungsstellen offene Angaben ersichtlich sind. Rückschlüsse aus der wechselnden Zahl der Beschäftigten und den im Erzbergbau allgemein üblichen Kosten ergeben allein für 1946 bis 1953 einen Gesamtaufwand von 7,75 Milliarden Mark. ...

Die Ausbeute ist, besonders im Erzgebirge, in den letzten Jahren zurückgegangen. Trotzdem - so wird von Fachleuten geschätzt - dürfte vielleicht erst wenig mehr als die Hälfte der Uranvorräte abgebaut sein. Die Vorräte im Raum Ronneburg sollen, bisherigen Personalbestand vorausgesetzt, eine Abbautätigkeit von etwa 15 Jahren ermöglichen.<<

07.01.1954

DDR: Die SED gründet das "Ministerium für Kultur".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Sprache in der SBZ (x009/414-415): >>Unter dem Eindruck des Parteijargons verändert sich die Schrift- und Umgangssprache der SBZ in einer Weise, die noch kaum untersucht wurde, hüben wie drüben aber von vielen Menschen als Symptom des Auseinanderlebens und der Entfremdung deutlich empfunden wird. ...

Das Weltanschauungsmonopol des Marxismus-Leninismus und dessen behauptete Wissenschaftlichkeit, die Ansprüche der Zentralverwaltungswirtschaft (Produktionssteigerung, Plandisziplin, Erreichung des "Weltniveaus"), der militante Stil des Klassen- und Friedenskampfes, die bewußte Anlehnung an die Sowjetunion - all das durchsetzt auf dem Wege über die Presse, Fachliteratur, Rundfunk, Schule, Schulung und kulturelle Massenarbeit, ja, selbst über Literatur, Theater, Kabarett das öffentliche und private Leben mit Elementen der (pseudo-)philosophischen, politökonomischen, militärischen Fachsprache.

Der Glaube an die Machbarkeit aller Dinge bestimmt (wie beim Nationalsozialismus) den Habitus des gesprochenen und geschriebenen Wortes; der ideologische Bruch der Doktrin ("der Überbau hilft der Basis, Marxismus-Leninismus) nötigt zu sprachlichen Camouflagen (Tarnungen), ... der arglistigen Täuschung politisch Unerfahrener oder Schwankender dienen die Sinnverschiebungen bei Schlüsselbegriffen wie Demokratie, Freiheit, Frieden, Gesetzlichkeit, Mitbestimmung, Sozialismus, Wahlen usw., der Kampf gegen den "Klassenfeind", vor allem aber die Auseinandersetzung mit den ideologischen Abweichungen haben ganze Arsenale von Schimpf- und Schmähwörtern entstehen lassen, die für den Nichtkommunisten vielfach unverständlich sind (Objektivist, Praktizist, Versöhnler u.a.); Journalisten, Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, aber auch Lehrer passen sich unter Zwang, den ideologischen Weisungen und Losungen der SED prompt zu folgen, oft auch unfähig zu selbständigem Denken und eigenem Ausdruck (oder deren Gefahren meidend) der Sprache der jeweils maßgebenden Parteigrößen an, und Nichtkommunisten folgten ihnen darin, entweder um sich zu tarnen, oder um das "Partei-Chinesisch", nur dem Ohr von Gleichgesinnten vernehmbar, ad absurdum zu führen.

Die Verlüderung der Sprache ist auch in der SBZ beobachtet und von einigen Einsichtigen (Becker, Klemperer, Weiskopf, Zweig) kritisch und warnend behandelt worden, doch wurden die spezifisch "gesellschaftlichen" Ursachen von ihnen begreiflicherweise übersehen. Der Spracherziehung dient, unter Wahrung der Tabus und mit klassenkämpferischen Einschlägen, die unter Mitwirkung der Redaktion des sowjetzonalen "DUDEN" ... herausgegebene Monatschrift "Sprachpflege". ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den Parteijargon in der SBZ (x009/320): >>Zunächst die Fach- oder Sondersprache der SED und ihrer Apparatschiks, im Wortschatz, gelegentlich auch im Satzbau beeinflußt von der Sprache der geistigen Väter ...

Da die gesamte Literatur vom Flugblatt bis zum Dichtwerk, von der Fibel bis zum wissenschaftlichen Kompendium mit Ideologie und Politökonomie durchsetzt ist, breiten sich die Elemente des Parteijargons sowohl in der Umgangssprache wie in der Schriftsprache aus, der in Diktaturen unvermeidliche extreme Konformismus, andererseits das Tarnungsbedürfnis der Oppositionellen oder "Abseitsstehenden" fördern diese Ausbreitung, mit der sich die Sprache der SBZ schließlich qualitativ verändert und von der unseren (in Westdeutschland) fortentwickelt.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Zensur in der SBZ (x009/499): >>Nach dem Wortlaut der Verfassung findet in der SBZ "Pressezensur nicht statt", sind "die Kunst der Wissenschaft und ihre Lehre frei".

Vor- und Nachzensur durch die SMAD wurden von 1947 bis 1949 nach und nach aufgehoben, und die Kontrollfunktionen gingen auf deutsche, durchweg mit linientreuen Kommunisten besetzte Organe über. Wie im Dritten Reich und in vielen anderen "modernen" totalitären Systemen wird mit den Methoden der Lizenzierung von Zeitungen und Zeitschriften, der Nachrichtenpolitik, der Zulassung, Anleitung und Kontrolle von Verlagen, Lektoren, Redakteuren Kulturschaffenden seitdem eine sehr wirksame Zensur ausgeübt; es werden also im allgemei-

nen nicht Konzepte oder Manuskripte, sondern Menschen zensiert, korrigiert und unter Umständen auch unterdrückt.

Immerhin sind auch zahlreiche Fälle bekannt, in denen ausgedruckte Bücher, Zeitschriften- oder Zeitungsausgaben vor oder während der Auslieferung zurückgezogen und vernichtet oder abgeändert werden mußten.

Die Zensur der Presse funktioniert im allgemeinen so, daß Zeitungen vom Presseamt beim Ministerpräsidenten, Zeitschriften vom Ministerium für Kultur zensiert sein müssen (seit der Errichtung der DDR ist keine einzige Zeitung mehr lizenziert worden) und keine anderen Nachrichten als die des ADN bringen dürfen; die Post befördert nur periodische Druckerzeugnisse, die in der Postzeitungsliste enthalten sind; alle Druckerzeugnisse bis hinunter zu den Briefbögen und Familienanzeigen müssen vor dem Druck (aus Gründen der Papierwirtschaft) zur Genehmigung vorgelegt werden; die Genehmigung wird versagt, wenn sie nicht "den Grundsätzen des sozialistischen Aufbaus sowie den kulturpolitischen Erfordernissen" entsprechen.

Schließlich wird häufig eine Nachzensur in der Form der öffentlichen Kritik und Selbstkritik geübt, die durch gelenkte "spontane" Mißfallensäußerungen der Werktätigen erzwungen oder unterstützt werden kann und bis zum Widerruf selbst wissenschaftlicher Arbeiten führt.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Russifizierung (x009/374): >>In der SBZ die von der Besatzungsmacht und der SED systematisch betriebene Förderung des Vordringens russischer Kulturgüter, am eindrucksvollsten dokumentiert in den Lehrplänen und Lehrbüchern aller Schulgattungen, aber auch im Kunst- und Musikleben, auf dem Büchermarkt, in der Architektur, ja selbst in der Technik überall nachweisbar.

Russifizierung darf nicht mit Sowjetisierung verwechselt werden, geht aber Hand in Hand, indem nur solche russischen Kulturleistungen herausgestellt werden, die als "fortschrittlich" im bolschewistischen Sinne gelten oder entsprechend zurechtgemacht sind. Da das derart verbreitete Bild vom Russentum mit der geschichtlichen Wahrheit nicht übereinstimmt, kann auch nur mit Einschränkung von echter Russifizierung gesprochen werden. ...<<

15.01.1954

CSR: Sammellager Kuntschitz – Erlebnisbericht des Bürgermeisters Franz H. (x005/548): >>Anfang Januar wurden die Leute für den am 15.1.1954 abgehenden Transport aufgerufen.

Es gingen die für die Sowjetzone bestimmten 23, für Österreich und für Westdeutschland 20 ab. (Für) uns ... war das eine große Befriedigung. Wir freuten uns, daß endlich der Anfang gemacht wurde, waren aber auf Grund der üblen Erfahrungen noch immer mißtrauisch. Diesmal klappte es jedoch. In jeder Woche gingen 20 Leute ab.<<

13.02.1954

CSR: Sammellager Kuntschitz – Erlebnisbericht des Bürgermeisters Franz H. (x005/548): >>Ich wurde am 13.2.1954 für den am 18.2. abgehenden Transport aufgerufen.

In meiner Freude telegraphierte ich sogleich meiner lieben Frau nach Bad Schwalbach, meinen Vettern in Mährisch Trübau und besuchte anschließend die Familien H. und K. in Ostrau bzw. in Hultschin, um diesen das freudige Ereignis zu melden.<<

16.02.1954

CSR: Sammellager Kuntschitz – Erlebnisbericht des Bürgermeisters Franz H. (x005/548): >>(Am) 16.2. durften wir Abschubkandidaten das Lager nicht mehr verlassen, da es noch verschiedene Sachen vorzubereiten und Formalitäten zu erfüllen gab.

Die ärztliche Abschiedsvisite war rasch erledigt, an sie schloß sich die sog. politische Prüfung, eine Ausfrage durch Kriminalpolizeibeamte, in der ich mein Urteil über die Behandlung während der Haft, über Verhältnisse politischer und wirtschaftlicher Natur in der Tschechei und ähnliches abzugeben hatte und schließlich ersucht wurde, über diesen Satellitenstaat in Deutschland ja nichts Ungünstiges zu erzählen.<<

18.02.1954

CSR: Sammellager Kuntschitz – Erlebnisbericht des Bürgermeisters Franz H. (x005/548-549): >>Am 18.2. wurde das Gepäck von Kriminal- und Zollbeamten einer gründlichen Revision unterzogen, woran sich die Durchsicht des Handgepäcks und eine Leibesvisite anschloß. Jeder beschriebene Fetzen Papier wurde uns weggenommen. Nach dieser langwierigen Prozedur wurden wir 20 Personen in der Kantine eingesperrt, und niemand von den anderen durfte mehr zu uns.

So wurde es langsam 22.00 Uhr. Ein Autobus fuhr vor, das Gepäck und wir wurden darin verladen, und schon ging es zum Tor hinaus in nächtlicher Fahrt nach Oderberg. Warum wir nicht in Kuntschitz oder Ostrau abfahren, mag wohl mit polizeilichen Maßnahmen zusammenhängen. Es sollte wohl niemand mehr mit uns ... zusammentreffen, bzw. vom Abschub erfahren. Auf dem Oderberger Bahnhof stand außerhalb des Bahnsteiges ein schöner Pullmanwagen (sehr komfortabler Schnellzugwagen), gut beheizt, für uns bereit, in dem 80 Personen Platz gefunden hätten.

Wir 20 machten es uns bequem. Ich war mit meinem Kameraden Willi H. in einem Abteil. Mitglieder des tschechoslowakischen Roten Kreuzes - ich glaube aber, daß die jungen Begleiter Geheimpolizisten waren und die Rot-Kreuz-Binde nur zur Tarnung trugen - begleiteten uns.

Gegen 1 Uhr des 19.2. fuhren wir ab und waren gegen 7 Uhr in Prag, wo wir unseren Wagen verlassen mußten und in einen gesonderten Warteraum gebracht wurden. Hier konnten wir uns reinigen, wurden tagsüber reichlich mit Essen und Trinken versorgt und nach 18 Uhr wieder in den Waggon geführt. Die Abfahrt erfolgte gegen 19 Uhr.

Um Mitternacht standen wir in Eger, wo der Zug von Grenzsoldaten streng bewacht wurde. Bald verließen wir die alte deutsche Stauferstadt, die jetzt Cheb hieß, durchfuhren das Niemandsland und waren übergücklich, als wir die ersten Lichter auf bayerischem Boden strahlen sahen und kamen am 20.2.1954 gegen 1 Uhr in der deutschen Grenzstation Schirnding an.<<

25.03.1954

DDR: Die Sowjetunion gibt eine Souveränitätserklärung für die "DDR" ab.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Souveränität der DDR (x009/395-396): >>Den Anspruch auf Souveränität erhebt die SBZ seit dem 25.3.1954, seit ihr die Sowjetunion die Souveränität zusprach. ...

"Die DDR ist ein souveräner Staat, der frei nach eigenem Ermessen über seine internen und äußeren Angelegenheiten entscheidet, ohne die Rechte anderer Staaten und die allgemein anerkannten Normen des Völkerrechts zu verletzen. Durch die allseitige Mitarbeit der Bevölkerung an allen politischen und wirtschaftlichen Aufgaben, durch ihre Einflußnahme auf die Gesetzgebung, Verwaltung und Justiz ist in der DDR auch zum erstenmal in der Geschichte Deutschlands die Volkssouveränität verwirklicht." –

Von einer echten demokratischen Rechtfertigung ihrer angemäßen Souveränität durch freie, geheime, unmittelbare Mehrlisten-Volkswahlen wagt das Regime der SBZ nicht zu sprechen.<<

31.03.1954

Rumänien: Die Arbeitslager für den Bau des Donau-Schwarzmeer-Kanals werden allmählich aufgelöst.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet später über den Bau des Donau-Schwarzmeer-Kanals (x007/236): >>Die im Jahre 1949 begonnenen Arbeiten an dem Regierungsprojekt des Donau-Schwarzmeer-Kanals wurden fast ausschließlich von Zwangsarbeitern und Häftlingen verrichtet, die in mindestens acht Lagern unter zum Teil unerträglichen Lebensbedingungen untergebracht waren.

Unter diesen Zwangsarbeitern befanden sich auch zahlreiche Volksdeutsche, die wegen unerlaubten Grenzübertretts und anderer Delikte verurteilt oder ohne gerichtliches Urteil zur Arbeit verpflichtet worden waren. Die Verlustziffern waren sehr hoch. Die Arbeiten wurden im Jahre 1953/54 eingestellt.<<

07.04.1954

BRD: Der Bundestag lehnt den Souveränitätsanspruch der "DDR" am 7. April 1954 einstimmig ab (x156/7): >>Der Deutsche Bundestag erklärt, daß das deutsche Volk sich niemals mit der Spaltung Deutschlands abfinden und die Existenz zweier deutscher Staaten hinnehmen wird. Er wiederholt die Feststellung, daß das kommunistische Regime in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands nur durch Gewalt existiert und keine Vertretung des deutschen Volkes ist. Die Bundesregierung als einzige demokratisch und frei gewählte deutsche Regierung ist allein berechtigt, für alle Deutschen zu sprechen.

An dieser oft bekundeten Stellungnahme hat sich durch die Erklärung der Regierung der Sowjetunion vom 25. März 1954 nichts geändert.<<

14.04.1954

DDR: Innenminister Willi Stoph, Chef der KVP, erklärt am 14. April 1954, daß er es für erforderlich hält, "... den Ungeist des Pazifismus ... entschieden zu bekämpfen" (x009/290).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Militärpolitik der DDR (x009/290): >>Die SED konnte es damals noch nicht wagen, die allgemeine Wehrpflicht einzuführen, obgleich diese zu den grundsätzlichen Forderungen marxistisch-leninistischer Militärpolitik gehört. Die Propaganda für die Militärpolitik stößt weiterhin auf den Widerwillen der Bevölkerung ...<<

24.04.1954

BRD: Der Zentralverband der vertriebenen Deutschen fordert die Wiedervereinigung des Landes (x155/45): >>Die Wiedervereinigung Deutschlands muß in Zukunft das erste und oberste Ziel der deutschen Politik sein. ... Dem ersten Schritt, der Vereinigung von Bundesrepublik und Sowjetzone, muß die Rückgabe der Heimat an die Vertriebenen nachfolgen. Die Bundesregierung hat die Aufgabe, das Unrecht der Vertreibung und den Anspruch der Vertriebenen auf Wiedergutmachung klarer und energischer als bisher im Bewußtsein des deutschen Volkes und der ganzen Welt wachzuhalten und zu verteidigen.

Jeder Deutsche ist aufgerufen, für die friedliche Erreichung dieses Zieles mit ganzer Kraft einzutreten.<<

Der Zentralverband der vertriebenen Deutschen kritisiert ferner die Regelung der "Saarfrage" (x155/45): >>Die Saar ist ein Bestandteil des Deutschen Reiches genauso wie die reichsdeutschen Vertreibungsgebiete östlich der Oder-Neiße. ...

Die Vertriebenen bestehen darauf, daß deutsche Rechte auf die Saar nicht preisgegeben werden. Eine Europäisierung der Saar ist nur möglich im Zuge einer gesamteuropäischen Entwicklung. ...<<

06.05.1954

DDR: Die SED-Regierung beginnt mit einer Ferienaktion für westdeutsche Kinder.

07.05.1954

Vietnam: Die französischen Truppen der Festung Dien Bien Phu kapitulieren. Damit geht der letzte französische Stützpunkt verloren. Frankreichs Kolonialherrschaft in Indochina wird dadurch endgültig beendet.

26.05.1954

BRD: Ein US-Gericht der Alliierten Hochkommission verurteilt am 26. Mai 1954 den Leiter des tschechischen Lagers Budweis, Vaclav Hrneck (der nach Westdeutschland geflohen war), zu 8 Jahren Freiheitsentzug (x025/59).

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas schreibt später

über dieses Urteil (x028/143): >>... Das Gericht begründete sein Urteil – acht Jahre Freiheitsentzug - mit der bewiesenen Tatsache, daß Budweis auf verbrecherische und grausame Weise geleitet worden und - wenn auch ohne Gaskammern und systematische Liquidation der Menschen - ein Schreckensort gewesen war, wo Menschenleben und Menschenwürde nichts galten.

Das Gericht wies dann hin auf die Unparteilichkeit demokratischer Rechtsverfahren, die einen Mann wie Hrncek bestrafen müsse, wenn auch alle seine Opfer Deutsche gewesen waren - und zwar schwer bestrafen, um vom Sadismus abzuschrecken.<<

27.05.1954

Frankreich: In Paris unterzeichnen die Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs, Italiens, Belgiens, der Niederlande und Luxemburgs den Vertrag zur Errichtung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft -EVG- (x155/45).

10.06.1954

DDR: Die "Verordnung über den Arbeitseinsatz von Strafgefangenen" wird erlassen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den Arbeitseinsatz von Strafgefangenen (x009/431): >>(Durch diese Verordnung) wurde ... "das Ministerium des Innern ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Generalstaatsanwalt der DDR, dem Ministerium der Justiz, dem Ministerium der Finanzen den Arbeitseinsatz von Strafgefangenen in eigener Zuständigkeit neu zu regeln".

Damit hat die Volkspolizei - das Referat "Produktion" in den Bezirksverwaltungen Strafvollzug - eine Generalvollmacht zur Festsetzung der Arbeitsbedingungen für Strafgefangene und der Vergünstigungen erhalten.<<

14.06.1954

BRD: In Bad Neuenahr gründet der Gesamtdeutsche Minister Jakob Kaiser das Kuratorium "Unteilbares Deutschland", um die Wiedervereinigung Deutschlands zu unterstützen. In dieser Gründungserklärung heißt es (x024/263): >>Seit fast einem Jahrzehnt ist Deutschland in mehrere Teile zerrissen. Millionen Deutsche sind aus ihrer Heimat vertrieben. Millionen Deutsche müssen unter der Herrschaft des Zwanges und des Unrechts leben.

Im eigenen Land ist es den Deutschen durch Zonen- und Sektorengrenzen noch immer verwehrt, einander frei und ungehindert zu begegnen. Das natürliche Recht eines jeden Volkes auf menschliche und staatliche Gemeinschaft wird dem deutschen Volk noch immer vorenthalten. Alle Bemühungen seit 1945, ein freies und geeintes Deutschland wiederherzustellen, blieben bisher vergeblich. Die Zerreißung unseres Volkes und Landes wurde vielmehr weiter verschärft.

Wir können aber nicht erwarten, daß uns die Welt dazu verhilft, wenn wir nicht selber alles an die Wiedererlangung unserer Einheit setzen. Die unterzeichneten Männer und Frauen haben es sich deshalb zur Aufgabe gemacht, den Willen zur Wiedervereinigung in allen Kreisen unseres Volkes zu stärken.<<

17.06.1954

DDR: Die SED gründet die atheistische "Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse".

20.06.1954

Jugoslawien: Lebensverhältnisse von Volksdeutschen im Bezirk Patschowa, Banat – Erlebnisbericht des Johann W. (x006/591-592): >>Erst im Jahre 1954 konnte ich eine Arbeit als Techniker bekommen. ...

Die Flugzeugfabrik in Patschowa suchte Techniker. Ich meldete mich dort. In meinem Lebenslauf fehlte natürlich die Bemerkung, daß ich Deutscher bin und man meine Familienangehörigen erschossen hatte. Es war alles in Ordnung und ich konnte als Techniker arbeiten.

Doch meine Freude war kurz. In der Fabrik arbeiteten einige Serben aus Startschowa, die mich kannten. Nach einer kurzen Zeit war ich für jeden nur noch der "Svaba" ("Schwabe"). Die Firmenleitung sagte mir zwar nichts, aber seit dieser Zeit stimmten meine Lohnabrechnungen nicht mehr. Mit meinem Fleiß brachte ich es bis zum Gruppenleiter. ... In meiner Gruppe waren jedoch Angestellte, die höheren Lohn erhielten als ich. ...<<

17.07.1954

BRD: Bundespräsident Theodor Heuss wird zum 2. Mal gewählt.

20.07.1954

BRD: Bundespräsident Theodor Heuss würdigt während einer Gedenkrede die Opfer der deutschen Widerstandsbewegung: >>Die Scham, in die Hitler uns Deutsche gezwungen hatte, wurde durch ihr Blut vom besudelten deutschen Namen wieder weggewischt.<<

30.08.1954

Frankreich: Die französische Nationalversammlung verwirft am 30. August 1954 den Vertrag zur Errichtung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG).

Der EVG-Vertrag sieht eine vollständige Integration der Soldaten und Kriegsmaterial sowie ein Aufgehen der nationalen Armeen in eine europäische Armee vor (x155/45).

03.10.1954

Großbritannien: In der Schlußakte der "Londoner Neun-Mächte-Konferenz" (28. September bis 3. Oktober 1954) wird die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in das westliche Verteidigungssystem bestätigt (x156/81): >>II. Brüsseler Vertrag ...

a) Die Bundesrepublik Deutschland und Italien werden aufgefordert werden, dem Vertrag beizutreten, der in geeigneter Weise geändert wird, um dem Ziel der europäischen Einheit Nachdruck zu verleihen; die beiden Staaten haben sich zu diesem Beitritt bereit erklärt. Das System der gegenseitigen automatischen Beistandsleistung im Angriffsfalle wird damit auf die Bundesrepublik Deutschland und Italien ausgedehnt. ...

Der Bundeskanzler erklärt, daß sich die Bundesrepublik verpflichtet, auf ihrem Gebiet keine Atomwaffen, chemische Waffen oder biologische Waffen herzustellen. ...<<

Bundeskanzler Adenauer verpflichtet sich ferner in der "Londoner Erklärung", die Wiedervereinigung Deutschlands oder Änderung der gegenwärtigen Grenzen niemals mit gewaltsamen Mitteln herbeizuführen (x125/94-95).

04.10.1954

BRD: Bundeskanzler Konrad Adenauer schreibt am 4. Oktober 1954 an den britischen Premierminister Churchill (x095/177): >>... Auf der Neunmächtekonferenz in London ist die so stark gefährdete Einheit der westlichen Welt wiederhergestellt worden.

Für die Bundesrepublik bedeutet diese Konferenz zugleich einen entscheidenden Schritt vorwärts auf dem Wege zur Wiederherstellung ihrer Souveränität und ihrer Aufnahme in die beiden großen Vertragssysteme der westlichen Welt, den Pakt von Brüssel und die nordatlantische Organisation. Damit wird, sobald die Verträge ratifiziert sind, die Bundesrepublik Deutschland ihren Platz als ein gleichverpflichteter und gleichberechtigter Partner innerhalb der freien Welt finden. ...<

05.10.1954

BRD: Bundeskanzler Adenauer unterrichtet den Bundestag am 5. Oktober 1954 über den Abschluß der "Londoner Neun-Mächte-Konferenz" (x156/82): >>... Es wird in aller Deutlichkeit klargestellt werden können, daß die Bundesrepublik die volle Macht eines souveränen Staates über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten haben wird. Die Notstandsklausel entfällt. ... Das Ergebnis von London erfüllt uns mit Genugtuung und Hoffnung.

Als die Bundesregierung ihre Arbeit aufnahm, ergaben sich folgende zentrale Probleme:

1. Die Herstellung der Unabhängigkeit und Selbstbestimmung der Bundesrepublik.
2. Die Wiedervereinigung Deutschlands.

3. Der Zusammenschluß des freien Europas und die Eingliederung Deutschlands in die europäische Gemeinschaft. ...

... Der europäische Gedanke hat unser nationales Leben tiefgehend und in der glücklichsten Weise beeinflusst. Die Deutschen haben dem reaktionären Nationalismus abgesagt. Sie haben in vielen Wahlen die extremen politischen Auffassungen zur Bedeutungslosigkeit verurteilt. Das deutsche Volk ist auch der Bundesregierung gefolgt, als sie sich mit aller Kraft für das Zustandekommen der EVG eingesetzt hat. ... Ich wiederhole deshalb die Erklärung, die ich den 9 Mächten gegenüber abgegeben habe, daß die Bundesregierung bereit ist, ihre Streitkräfte in eine integrierte europäische Organisation zu überführen, sobald eine solche geschaffen wird. ...<<

18.10.1954

BRD: Bundeskanzler Konrad Adenauer schreibt am 18. Oktober 1954 an den US-Politiker McCloy – von 1949-1952 Hoher Kommissar in Deutschland - (x095/179): >>... Das Zustandekommen des Londoner Abkommens ist zweifellos durch die tatkräftige Unterstützung der amerikanischen Regierung entscheidend gefördert worden. ...

Über diesem bedeutenden außenpolitischen Erfolg soll jedoch nicht vergessen werden, daß die Wiederbewaffnung dem deutschen Volke neue schwere finanzielle Lasten aufbürdet. Dieses wiegt um so schwerer, weil es trotz aller vom Ausland anerkannten Anstrengungen noch nicht gelungen ist, alle in das Bundesgebiet eingeströmten Heimatvertriebenen in das Wirtschaftsleben der Bundesrepublik einzugliedern. Die Aufgabe wird durch den laufenden Zustrom neuer Flüchtlinge aus der Sowjetzone noch weiter erschwert. ...<<

23.10.1954

Frankreich: Die Westeuropäische Union (WEU) wird zunächst als Verteidigungsorganisation gegründet. Während der "Pariser Konferenz" (19. bis 23. Oktober) schließen die westlichen Siegermächte einen "Vertrag über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland". Die Pariser Verträge regeln z.B. auch die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die NATO und den Brüsseler Pakt. Ferner wird der sog. "Deutschlandvertrag" (Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten") vom 26.05.1952 geändert.

Das Pariser Protokoll vom 23. Oktober 1954 über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland lautet z.B. (x156/83-84):

>>Artikel 1 (1) Mit dem Inkrafttreten dieses Vertrages werden die Vereinigten Staaten von Amerika, das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland und die Französische Republik das Besatzungsregime in der Bundesrepublik beenden, das Besatzungsstatut aufheben und die Alliierte Hohe Kommission sowie die Dienststellen der Landeskommissare in der Bundesrepublik auflösen.

(2) Die Bundesrepublik wird demgemäß die volle Macht eines souveränen Staates über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten haben.

Artikel 2 Im Hinblick auf die internationale Lage, die bisher die Wiedervereinigung und den Abschluß eines Friedensvertrages verhindert hat, behalten die Drei Mächte die bisher von ihnen ausgeübten oder innegehabten Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands und einer friedensvertraglichen Regelung. Die von den Drei Mächten beibehaltenen Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf die Stationierung von Streitkräften in Deutschland und der Schutz der Sicherheit dieser Streitkräfte bestimmen sich nach den Artikeln 4 und 5 dieses Vertrags.

Artikel 3 (1) Die Bundesrepublik wird ihre Politik in Einklang mit den Prinzipien der Satzung der Vereinten Nationen und mit dem im Statut des Europarats aufgestellten Zielen halten. ...

Artikel 4 (1) Bis zum Inkrafttreten der Abmachungen über den deutschen Verteidigungsbeitrag behalten die Drei Mächte weiterhin ihre bisher ausgeübten oder innegehabten Rechte in bezug auf die Stationierung von Streitkräften in der Bundesrepublik. Die Aufgabe dieser Streitkräfte wird die Verteidigung der freien Welt sein, zu der auch die Bundesrepublik und Berlin gehören. ...

Artikel 7 (1) Die Unterzeichnerstaaten sind sich darüber einig, daß ein wesentliches Ziel ihrer gemeinsamen Politik eine zwischen Deutschland und seinen ehemaligen Gegnern frei vereinbarte friedensvertragliche Regelung für ganz Deutschland ist, welche die Grundlage für einen dauerhaften Frieden bilden soll. Sie sind weiterhin darüber einig, daß die endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands bis zu dieser Regelung aufgeschoben werden muß.

(2) Bis zum Abschluß der friedensvertraglichen Regelungen werden die Unterzeichnerstaaten zusammenwirken, um mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: Ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik, besitzt und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist. ...

(4) Die Drei Mächte werden die Bundesrepublik in allen Angelegenheiten konsultieren, welche die Ausübung ihrer Rechte in bezug auf Deutschland als Ganzes berühren. ...<<

Der französische Ministerpräsident Mendes-France und Bundeskanzler Adenauer unterzeichnen in Paris außerdem ein Abkommen über das sog. "Saarstatut" (politische Autonomie, aber völkerrechtliche Vertretung durch die Westeuropäische Union – WEU - und wirtschaftliche Bindung an Frankreich).

31.10.1954

DDR: Das sowjetische Militärtribunal übergibt alle verurteilten deutschen Häftlinge an die DDR-Behörden.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später (x009/398): >>Im Oktober 1954 teilte der sowjetische Hohe Kommissar dem sowjetzonalen Ministerrat mit, daß alle seit 1945 von dem sowjetischen Militärtribunal verurteilten Deutschen, die zur Zeit ihre Strafe in einer in der SBZ gelegenen Strafanstalt verbüßen, in die Zuständigkeit der deutschen Behörden übergeben würden. Damit war die Entscheidungsbefugnis über Begnadigung und Haftentlassung dieser Verurteilten auf die hierfür zuständigen Organe der SBZ übertragen worden.<<

01.11.1954

UdSSR: Nikita Chruschtschow ermahnt die osteuropäischen Regierungen, nur noch einen ideologischen Kampf gegen die "unwissenschaftliche religiöse Weltanschauung" der Kirchen zu führen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Kirchenpolitik in der SBZ (x009/214-215): >>... Chruschtschows Mahnung vom 1.11.1954, die Gefühle der Gläubigen zu schonen, die Dilettanten auszuschalten und nur noch einen ideologischen Kampf gegen die "unwissenschaftliche religiöse Weltanschauung" zu führen, brachte für die Zone keine Erleichterung; vielmehr ging der Hauptkampf in Schulen, Parteischulen, Presse und Rundfunk weiter.

Beide Kirchen stehen unter starkem und unablässigem Druck des kommunistischen Regimes; ihre Probleme sind die gleichen. Planmäßig wird versucht, die unabhängige Existenz der Kirchen auszuschalten. Wohlfahrts-, soziale und medizinische Einrichtungen werden stark beschränkt oder völlig unterdrückt. Staatliche Zuwendungen werden gekürzt oder gestrichen. Besitz wird enteignet.

Seit 1952 richtet sich der Angriff nicht nur gegen die Kirche, den Gottesdienst und die sakramentalen Riten, sondern besonders gegen die Geistlichkeit. Die Anschuldigungen konzentrierten sich auf angebliche Vergehen gegen strafgesetzliche Bestimmungen der "DDR" mit dem

Ziel, die Gemeindemitglieder von einer engeren Verbindung mit der Geistlichkeit abzuhalten und ein Gefühl der Gefährdung unter der Jugend zu schaffen.

Die Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse übernahm von der fast gleichnamigen sowjetischen Organisation Kampfschriften von niedrigem Niveau (z.B. ... "Der religiöse Aberglaube und seine Schädlichkeit"), die in großen Auflagen verbreitet wurden. Vortragszyklen an Hand des Buches "Weltall, Erde, Mensch" wurden mit der Tendenz der Verächtlichmachung des Glaubens zur Vorbereitung der Jugendweihe veranstaltet. ... Der wachsende Widerstand gegen die Jugendweihe wurde mit öffentlicher Beschimpfung der Pfarrer und mit Gesinnungsterror gegenüber den Eltern beantwortet.<<

04.11.1954

Norwegen: Bei der Verleihung des Friedensnobelpreises in Oslo erinnert Albert Schweitzer (von 1913-65 Missionsarzt in Lambarene/Gabun) an das Schicksal der deutschen Vertriebenen (x035/336): >>... In schlimmster Weise vergeht man sich gegen das Recht des geschichtlichen Gegebenen und überhaupt gegen jedes menschliche Recht, wenn man Völkerschaften das Recht auf das Land, das sie bewohnen, in der Art nimmt, daß man sie zwingt, sich anderswo anzusiedeln.

Daß sich die Siegermächte am Ende des Zweiten Weltkrieges dazu entschlossen, vielen hunderttausend Menschen dieses Schicksal, und dazu noch in härtester Weise, aufzuerlegen, läßt erlauben, wie wenig sie sich der ihnen gestellten Aufgabe einer gedeihlichen und einigermaßen gerechten Neuordnung der Dinge bewußt wurden.<<

13.11.1954

DDR: Die SED-Regierung veröffentlicht einen Aufruf zur Einführung der Jugendweihe.

16.11.1954

DDR: Die von der Volkskammer "gewählte Regierung der DDR" übernimmt die sowjetische Bezeichnung "Ministerrat".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Regierung und Verwaltung der SBZ (x009/358-360): >>Die wichtigste gesetzliche Grundlage für Struktur und Tätigkeit der Regierung war neben der auch insoweit weitgehend ausgehöhlten und faktischen Verfassung das "Gesetz über den Ministerrat der DDR" vom 16.11.1954 ...

Von entscheidender Bedeutung für die Regierungs- und Verwaltungstätigkeit in der SBZ ist besonders das im "Gesetz über den Ministerrat" verankerte Prinzip des "Demokratischen Zentralismus", nach dem "alle nachgeordneten Organe den übergeordneten Organen rechen-schaftspflichtig und an deren Weisungen gebunden" sind. Dieses Prinzip wird seit der Verwaltungsneugliederung radikal angewandt. Im Zuge dieser Umstrukturierung des Staatsapparates wurden im Sommer 1952 die Landesregierungen aufgehoben und deren Aufgaben auf die Räte der 14 auf dem Gebiet der Länder gebildeten Bezirke übertragen. ...

Alle staatliche Verwaltungsarbeit in der SBZ unterliegt der Lenkung und Kontrolle durch die SED. Nach dem vom IV. Parteitag der SED 1954 beschlossenen Statut der Staatspartei ist die SED "die führende Kraft aller Organisationen ..."

Der führende Staatsrechtler der SBZ, Prof. Dr. Herbert Kröger, hatte den Primat (Vorrang) der SED im staatlichen Leben der SBZ in einem Gutachten ("Zum Staatsaufbau in der Deutschen Demokratischen Republik", Ost-Berlin 1954) zunächst wie folgt skizziert: "Die ... Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist die führende Kraft aller staatlichen Organisationen. ... Mit ihrer Hilfe leitet die Arbeiterklasse den Staat. ... Deshalb gibt es keine grundlegenden wichtigen staatlichen Maßnahmen ohne vorhergehende richtungsweisende Beschlüsse der SED. In den Beschlüssen der SED kommt unmittelbar der Wille der Arbeiterklasse zum Ausdruck. ..."

In der Praxis ergab sich schon bald nach der Bildung erster zentraler Verwaltungs- und Regierungsorgane eine ständige Beeinflussung und Lenkung ihrer Entscheidungen und Maßnahmen

durch die Führungsorgane der SED. Selbst Detailfragen wurden mehr und mehr vom Apparat des ZK der SED, den Bezirks- und Kreisleitungen der SED behandelt, bevor sie den Staatsorganen zur Beratung und Realisierung übergeben wurden.<<

30.11.1954

DDR: Die evangelische Kirche protestiert gegen die Jugendweihe in der DDR.

26.12.1954

DDR: Die katholische Kirche lehnt die Jugendweihe entschieden ab.

29.12.1954

CSR: Bei einer Konferenz (29. bis 31.12.1954) in Prag vereinbaren die CSR, Polen und die DDR den gemeinsamen Schutz ihrer Staatsgrenzen.

31.12.1954

DDR: Im Jahre 1954 fliehen 184.198 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

1955

>>Wer Großes vollbringen will, muß leben, als ob er niemals sterben würde.<< (Luc Vauvenargues)

01.01.1955

CSR: Das tschechoslowakische statistische Amt teilt offiziell mit, daß sich noch 165.790 Deutsche in der CSR aufhalten (x004/132).

07.01.1955

DDR: Der evangelische Bischof Dibelius erklärt nochmals, daß Konfirmation und Jugendweihe unvereinbar sind.

25.01.1955

UdSSR: Die Sowjetunion beendet den Kriegszustand mit Deutschland, ohne ihre bestehenden Rechte und Pflichten als Siegermacht aufzuheben. Polen, die Tschechoslowakei und andere kommunistische Satelliten-Staaten folgen später diesem Beispiel.

01.02.1955

DDR: Im katholischen Amtsblatt vom 1. Februar 1955 protestiert man gegen die "Jugendweihe" (x009/215): >>Hier gibt es nur ein Entweder-Oder. Katholischer Glaube und Jugendweihe stehen sich unversöhnlich gegenüber.<<

Die Deutsche Grenzpolizei übernimmt die Bewachung der DDR-Staatsgrenzen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Deutsche Grenzpolizei der SBZ (x009/164): >>Seit 1.2.1955 erhielt die Deutsche Grenzpolizei, da die sowjetische Besatzungsmacht darauf verzichtete, "die alleinige Bewachung und Kontrolle an den Staatsgrenzen der DDR" und am Ring um Berlin. ...

Die Einheiten der Deutschen Grenzpolizei verfügen über "Aufklärungstruppen", d.h. Agenten für politische Überwachungs- und Geheimaufgaben (Aufklärung). Als halbaktive Auffüllungsmannschaften für Ernstfälle und z.T. als Spitzel sind mit der Deutschen Grenzpolizei etwa 8.000 Grenzpolizeihelfer verbunden. Ausbildung und Dienst der Deutschen Grenzpolizei sind überwiegend nicht polizeilich, sondern militärisch. Seit jeher war sie eine Truppe, die im Grenzbereich militärische Aufgaben zu erfüllen hat, zugleich aber neben und mit der Armee einsetzbar ist.

Uniform: seit Oktober 1952 olivbraun nach dem sowjetischen Muster, mit grünen Kragenspiegeln. Sie hat nicht Polizei- sondern Militärdienstgrade. Stärke: rd. 48.000 Mann; ohne 8.000 Grenzpolizeihelfer. ...<<

03.02.1955

Jugoslawien: Die jugoslawische Regierung beendet den Kriegszustand mit Deutschland.

09.02.1955

BRD: Bundeskanzler Konrad Adenauer schreibt am 9. Februar 1955 an Nahum Goldmann – von 1949-1977 Präsident des Jüdischen Weltkongresses - (x095/192-193): >>... Mir sind die Klagen bekannt, zu denen besonders auch im Ausland der schleppende Gang der individuellen Wiedergutmachung Anlaß gegeben hat. ... Auf dem Gebiet der Rückerstattung müssen die gegen das frühere Deutsche Reich gerichteten Geldansprüche, worauf Sie mit Recht hinweisen, noch geklärt werden. ...

Auf dem Gebiete der Entschädigung sind bis zum 30. September 1954 auf Grund des Bundesergänzungsgesetzes insgesamt 888.192.148 DM gezahlt worden. Dazu kommen noch die Leistungen auf Grund verschiedener Einzelregelungen wie z.B. Bundesgesetz über die Wiedergutmachung für die Beamten des öffentlichen Dienstes ...<<

14.02.1955

Schweiz: Eine DDR-Delegation nimmt in Genf an einer Außenhandelstagung der UN teil. In den folgenden Monaten gelingt es der DDR, mit westlichen Ländern Außenhandelsabkommen zu schließen.

18.02.1955

Polen: Die polnische Regierung beendet den Kriegszustand mit Deutschland.

27.02.1955

BRD: Der Deutsche Bundestag verabschiedet am 27. Februar 1955 Gesetze über das "Saarstatut" und die "Pariser Verträge".

28.02.1955

BRD: Das Präsidium des Bundes der vertriebenen Deutschen kritisiert die Annahme des Saarstatuts (x155/49): >>Die Bundesrepublik als Teil Deutschlands ist nicht berechtigt, Verträge über einen anderen Teil Deutschlands abzuschließen. Das Abkommen verstößt gegen das deutsche Staatsrecht und ist daher aus doppeltem Grunde nichtig. ...<<

17.03.1955

Polen: Ministerpräsident Bierut erläutert vor dem Sejm das polnisch-deutsche Verhältnis (x064/23): >>Wir haben den Kriegszustand mit Deutschland beendet. ... Wir sind bereit, auch unsere Beziehungen zu Westdeutschland zu normalisieren. ...

Um alle Zweifel in diesem Punkt auszuschließen, haben die verantwortlichen Staatsmänner unseres Lagers mit aller Deutlichkeit betont, daß wir auf die Tatsache der Remilitarisierung Westdeutschlands (Aufstellung der deutschen Bundeswehr) mit Schritten antworten werden, die unsere Länder gegen alle Versuche eines Attentats auf unsere Sicherheit oder Grenzen sichern.

... Unsere Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik (DDR) sind auf Zusammenarbeit und Freundschaft, auf die Unantastbarkeit unserer Grenzen an Oder und Neiße aufgebaut, und sie zeigen, daß wir gutnachbarliche, freundschaftliche und friedliche Beziehungen mit dem uns benachbarten deutschen Volk errichten konnten. ... Die polnische Regierung wird ihre Bemühungen zu einer friedlichen Regelung des deutschen Problems fortsetzen.<<